

VERBUND Sales GmbH, Am Hof 6a, 1010 Wien, Österreich

Energie Control Austria
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien
Per E-Mail: wechsel-vo@e-control.at

Wien, 16.04.2012

Stellungnahme zur Wechselverordnung Strom 2012

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei dürfen wir zur Wechselverordnung Strom 2012 wie folgt Stellung nehmen:

Zur VERORDNUNG

Anwendungsbereich

§ 1: Wir befürworten die Regelung aller Bereiche des Lieferantenwechsels (Zählpunkt- und Endverbraucheridentifikation, Bindungs- und Kündigungsabfrage, Eigntlicher Wechsel, Abmeldung, Widerspruch gemäß § 80 Abs 2 EIWOG und Neuanmeldung) durch die Verordnung der ECA.

In gemeinsamen Gesprächen mit der Branche bei Oesterreichs Energie wurde uns mitgeteilt, dass der Großteil der Marktteilnehmer jedoch nur eine Verordnungsermächtigung durch die ECA für § 76 Abs 1 EIWOG sieht. Oesterreichs Energie wird in Ihrer Stellungnahme fordern, dass die Verordnung nicht über die im Rahmen des § 76 Abs. 1 EIWOG 2010 vorgesehene gesetzliche Ermächtigung hinausgeht.

Sollten sich in der tatsächlichen Verordnung die darüber hinausgehenden Verfahren (Abmeldung, Widerspruch gemäß § 80 Abs 2 EIWOG) nicht wiederfinden, ersuchen wir um Festlegung dieser Verfahren in den „Sonstigen Marktregeln“, damit eine automatisierte einheitliche Abwicklung aller Verfahren über die Wechselplattform gewährleistet ist.

Willenserklärung und Vertretung

§ 4: Wie bereits in einem Schreiben vom 16. März im Rahmen einer Stellungnahme zum Vorentwurf der Wechselverordnung 2012 erläutert, besteht ein grundsätzliches Strukturproblem in Bezug auf einen rechtssicheren Datenabgleich zur Zählpunkt- und Endverbraucher-

identifikation und dessen Verknüpfung mit der zivilrechtlichen Vollmachtsfrage. Die Rechtfertigung des Datenabgleiches zur Zählpunkts- und Endverbraucheridentifikation muss sich aus dem Gesetz und der Verordnung ergeben, ohne dass auf eine (zusätzliche) zivilrechtliche Rechtfertigung abgestellt wird. Nur damit kann sichergestellt werden, dass der Betrieb der Plattform unter „Wahrung des Datenschutzes“ erfolgt.

Der vorliegende Entwurf weist zwar auf die gesetzliche Verpflichtung zur Datenübermittlung in den Erläuterungen zu § 4 Abs. 2 hin, dies löst jedoch nicht das Grundproblem, welches im Wortlaut der Verordnung und insbesondere in deren Anhang liegt. Erläuterungen können den Verordnungswortlaut samt Anhang nicht substituieren. So stellt § 4 Abs. 2 des vorliegenden Entwurfes weiterhin auf eine Glaubhaftmachung der Bevollmächtigung zur Einleitung des Verfahrens ab und Punkt 1.2 des Anhanges sieht weiterhin für sämtliche Verfahrensschritte jedenfalls eine Bevollmächtigung vor.

Um einen rechtssicheren Datenabgleich zur Zählpunkts- und Endverbraucheridentifikation, der dem eigentlichen Wechsel vorgelagert ist, für alle Marktteilnehmer zu gewährleisten, muss sich diese Rechtfertigung auf normativer Ebene (Gesetz, allenfalls einer Verordnung) ergeben. Auf eine Vollmacht bei der Zählpunkts- und Endverbraucheridentifikation soll daher verzichtet werden.

Verweigerung der Durchführung der Verfahren

§ 5 (2): Aufgrund der Formulierung ist nicht klar ersichtlich auf welchen Teil des Einspruch-Prozesses hier abgezielt wird. Aufgrund der Formulierung wird dem alten bzw. dem aktuellen Lieferanten die Möglichkeit genommen den Prozess aufgrund einer bestehenden Bindung oder einer Kündigungsfrist zu beeinspruchen (vormals Liste 0341). Wir nehmen an, dass auf den jetzigen Prozess 0142 „Wechsel wird durchgeführt“ referenziert wird (Lieferant ALT gibt eine bestehende Bindung bekannt --> Lieferant NEU besteht jedoch auf den Wechsel) – wie im Prozessdiagramm „Eigentlicher Wechsel Punkt 2.2“ der erläuternden Bemerkungen zur Wechselverordnung dargestellt. Wir ersuchen um klärende Formulierung.

Inkrafttreten und Außerkrafttreten

§ 7. (1) Wir begrüßen ein rasches Inkrafttreten und eine zügige Umsetzung der Verordnung. Nach Rücksprache mit unserem Softwarelieferanten ist jedoch eine qualitative und erfolgreiche Anbindung an die Wechsellplattform, unter der Voraussetzung, dass die Definitionen der WEB-Services mit September 2012 abgeschlossen sind, frühestens per 01.07.2013 möglich. Die Ausführungen unseres Softwarelieferanten der SDK (Software Development Kopf GmbH) wurden Ihnen direkt von der SDK in einem Brief vom 15.04.2012 übermittelt.

Zum ANHANG

1. Grundsätze

1.1 Bearbeitungsdauer

Erster Absatz, Seite 5: Im ersten Satz wird erläutert, dass der eigentliche Wechsel durch den neuen Lieferanten drei Wochen vor dem beabsichtigten Wechseltermin beim Netzbetreiber zu erfolgen hat. Der eigentliche Wechsel soll jedoch binnen höchstens 12 Arbeitstage abgeschlossen werden. Kann somit der eigentliche Wechsel auch exakt 12 Arbeitstage oder muss dieser exakt 3 Wochen vor dem beabsichtigten Wechseltermin durch den neuen Lieferanten angestoßen werden? Wir ersuchen um klärende Formulierung.

Zweiter Absatz, Seite 5: Gemäß Anhang beziehen sich die Höchstfristen auf Arbeitstage. In den einzelnen Verfahren werden jedoch Stunden und nicht Arbeitstage angegeben. Die Höchstfristen sollten immer in Arbeitstagen angegeben werden.

1.2 Vollmacht

Siehe dazu die Anmerkungen zu § 4 Willenserklärung und Vertretung der Verordnung.

Zweiter Absatz, Seite 5: Der Satz „Beim eigentlichen Wechsel hat der Netzbetreiber die vom neuen Lieferanten übermittelte Bevollmächtigung an den aktuellen Lieferanten zu senden“ ist zu streichen.

Der aktuelle Lieferant erhält einerseits die Vollmacht im Zuge der Bindungs- und Kündigungsabfrage (es ist davon auszugehen, dass dieses Verfahren in den meisten Fällen vor Einleitung des tatsächlichen Wechsels durchgeführt wird) und andererseits wird dem aktuellen Lieferanten diese im Zuge der Kündigung nochmals übermittelt. Sollte der Kunde selbst beim aktuellen Lieferanten kündigen, muss diesem die Vollmacht weder vom Netzbetreiber noch vom neuen Lieferanten übermittelt werden – dies ist bei allen Wechselprozessen von Business- und Industriekunden der Fall.

Dritter Absatz, Seite 6: „Die obenstehenden Absätze gelten auch für die Einleitung einer Neuanmeldung und ~~Abmeldung~~....“

Für die Abmeldung ist die Übermittlung einer Vollmacht nicht notwendig.

2. Lieferantenwechsel

2.1.1 Zählpunkt- und Endverbraucheridentifikation beim Netzbetreiber

Grundsätzlich:

1.) Lastprofil: In den Workshops mit Advisory House wurde vereinbart (Netzbetreiber, Lieferanten und ECA), dass das Lastprofil des Zählpunktes bei der Identifikation an den neuen Lieferanten übermittelt wird. Dies ist eine essentielle Information, ob es sich bei dem Zählpunkt um eine Einspeise- (Photovoltaik) oder Bezugsanlage handelt. Stellt sich erst im eigentlichen Wechsel heraus, dass es sich um eine Photovoltaikanlage handelt, wurde der Zählpunkt beim

aktuellen Lieferanten bereits gekündigt und der eigentliche Wechsel muss storniert werden. Die Kündigung bewirkt, dass der aktuelle Lieferant den Kunden nicht weiterversorgen muss. Darüber hinaus könnte die erfolgte Kündigung eine Förderungsrückzahlung zur Folge haben. Dies würde für den Kunden einen erheblichen finanziellen Nachteil bedeuten.

2.) Meldung aktueller Lieferant: Weiters wurde vereinbart, dass der Netzbetreiber bei der Identifikation den aktuellen Lieferanten bekannt gibt (für die Kündigungs- und Bindungsabfrage). Auch dies findet sich nicht im Anhang oder den Erläuterungen. Wir ersuchen um Aufnahme beider Kriterien in die Erläuterungen.

Vierter Absatz, Seite 8: Standardisierte Meldungen sollten in den „Sonstigen Marktregeln“ spezifiziert werden. Die Meldung „Endverbraucher nicht identifiziert“ oder „Endverbraucher nicht eindeutig identifiziert“ ist nicht ausreichend und kann nur als Beispiel angeführt bzw. in Verbindung mit einer ergänzenden Bemerkung als aussagekräftig angesehen werden (z.B. „Kunde ausgezogen“, „Kunde verstorben“, „Kunde nicht im Netzgebiet“ etc..).

3. Neuanmeldung

Der Neuanmeldungsprozess soll wie in den Workshops mit Advisory House vereinbart und wie derzeit in den Marktregeln verankert in die Erläuterungen aufgenommen werden (3 Anmeldevarianten). Dem Netzbetreiber muss die Möglichkeit gegeben werden, die Neuanmeldung anzustoßen – bei Übermittlung einer Lieferbestätigung (siehe „Sonstige Marktregeln Kapitel 5 – Punt: 4.2.1.1). Dies ist gängige Praxis und trägt erheblich zur Vereinfachung für den Kunden bei.

3.1.2 Durchführung der Neuanmeldung

Dritter Absatz, Seite 14: Der Netzbetreiber hat den neuen Lieferanten binnen 24 Stunden darüber zu informieren, dass die übermittelten Daten nicht korrekt sind. Dieser Zeitraum ist zu knapp bemessen, sollte der neue Kunde dem Netzbetreiber noch nicht bekannt sein.

Tabelle, Seite 14: Die standardisierte Meldung „Aufrechter Energieliefervertrag an der Anlagenadresse vorhanden“ ist zu streichen. Es ist gängige Praxis, dass der aufrechte Liefervertrag (ausgezogener Kunde) durch die Neuanmeldung (einziehender Kunde) beendet wird. Sollte die standardisierte Meldung bedeuten, dass keine Anmeldung ohne Abmeldung erfolgen kann, würde dies zu erheblichen Verärgerungen bei den Kunden führen. Der neu einziehende Kunde müsste immer auf die Abmeldung des ausgezogenen Kunden „warten“. Nicht immer kann vor der Neuanmeldung eine Abmeldung durch den ausziehenden Kunden oder den aktuellen Lieferanten erfolgen.

5. Abmeldung

5.1. Beendigung des Energieliefervertrages und des Netznutzungsvertrages aufgrund Auszug des Endverbrauchers

Die standardisierte Meldung sollte nur das Abmeldedatum „JJJMMTT“ enthalten. Die Transaktion wird die Abmeldung kennzeichnen, somit kann der Text entfallen. Weiters ersuchen wir um das optionale Feld „Zählerstand“ bei den zu übermittelnden Daten.

5.2. Beendigung des Energieliefervertrages aus anderen Gründen

Zweiter Absatz, Seite 18: Mit der Übermittlung hat der aktuelle Lieferant den Netzbetreiber zu informieren, ob es sich um eine Versorgung letzter Instanz handelte. Es ist unklar, warum diese Information für den Netzbetreiber wichtig ist.

Wir ersuchen um Berücksichtigung unserer Anmerkungen und stehen für Rückfragen gerne jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



i.A. Janine Scheichl
VERBUND Sales GmbH